

Politischer Jahresbericht

Cono Sur 2006/2007



Cono Sur / Südliches Lateinamerika

Regionalbüro Brasilien und Cono Sur, Juli 2006-Juli 2007

María Jaque Olmedo

Regionalbüro Brasilien und Cono Sur der Heinrich-Böll-Stiftung

Leitung: Dr. Thomas Fatheuer

Rua da Gloria 190, ap. 701

2024 1180 Rio de Janeiro-Gloria

Fon +55-21-385 211 04

Fax +55-21-385 211 04

Email: boell@boell.org.br

Inhalt

Zusammenfassung.....	2
1. Zur Situation in der Region.....	3
2. Argentinien.....	5
3. Chile.....	7
4. Uruguay.....	8
5. Ausblick.....	8

Zusammenfassung

Nach dem Wahlmarathon in den Ländern Südamerikas im Jahr 2006 und der Konsolidierung der neuen Machtverhältnisse zeichnen sich für die Integrationsprozesse in der Region zwei Trends ab: der MERCOSUR mit einem gemeinsamen Markt, mit parallel dazu entstehenden politischen Strukturen und dem Aufbau einer eigenen Identität. Im ALBA-Prozess dagegen sind die Beziehungen zwischen den Ländern eher ideologisch geprägt, angestrebt wird mehr Autonomie und eine entscheidende Rolle des Staates in der Wirtschaft. Die Andengemeinschaft stagniert während die Südamerikanischen Staatenunion UNASUR mit den Themen wie Gründungsstatut, Fonds für regionale Stabilisierung, intra-regionaler Handel mit regionalen Währungen und Schaffung einer einheitlichen Währung an Dynamik gewonnen hat. Außerdem setzen die Regierungen auf die energetische Integration der Region mit dem Bau von Pipelines für Erdöl/-gas und von Wasserkraftwerken sowie auf die Produktion von Agrotreibstoffen. In der Region ist Korruption nach wie vor ein Problem sowie eine Zunahme von Gewalt: gegen Frauen, von polizeilicher Repression bei Demonstrationen und Jugendgewalt oft in Verbindung mit Drogenkonsum.

Mit den im Rahmen von UNASUR, MERCOSUR und ALBA entstandenen Partizipations- und Dialogplattformen eröffnen sich den sozialen Bewegungen neue Chancen, ihre Kritik an den derzeitigen Integrationsmodellen und ihre Vorschläge für eine nachhaltige regionale Entwicklung in die öffentlichen Diskussionen zu tragen. Viele Sektoren erwarten von den progressiven Regierungen der Region eine aktivere Rolle des Staates und Veränderungen an dem sich auf den Export von Primärgütern und Commodities stützenden Entwicklungsmodell, das mit hohen sozialen und ökologischen Kosten verbunden ist und die Ungleichgewichte in der Region verschärft.

In **Argentinien** tritt die Senatorin Cristina Fernández de Kirchner für die Partei "Frente para la Victoria" für die Wahlen an und gute Chancen zu gewinnen. Die Opposition geht mit vier Kandidatinnen in die Wahlen. Die Steigerung des BIP um 8,5% u.a. mit der erneuten Erhöhung des Exports von Soja ist mit hohen Umweltkosten verbunden. Die sozialen Proteste nehmen wegen der unzureichenden Verbesserungen zu. Das angekündigte Programm "Verdad y Justicia" wurde von allen Menschenrechtsorganisationen begrüßt.

In **Chile** konnte Michele Bachelet 2006 ihr Image als Erneuerin des politischen Stils konsolidieren u.a. mit ihrem Einsatz für Geschlechtergleichheit in ihrem Kabinett und der Politik des sozialen Dialogs. Auf der Positivseite stehen: die Reduktion des Steuerüberschusses von 1% auf 0,5 % des BIP ab 2008 für die Finanzierung neuer sozialer Programme, die Nichtgenehmigung eines Staatsbegräbnisses für General Pinochet sowie eine Initiative zur Aufhebung der Amnestiegesetze und der Verjährung für Verbrechen gegen die Menschlichkeit gut aufgenommen. Auf der Negativseite steht der „Transantiago“, (größte Fiasko in den letzten 17 Jahren). Da sich Michele Bachelet mit ihrer Regierung mit bürgerlichen Elementen von den Parteien ihrer eigenen Koalition entfernte, behinderte der damit verbundene Vertrauensverlust die legislative Arbeit im Kongress. Die angekündigte Förderung einer „Bürgerdemokratie“ weckte große Erwartungen; doch ohne einen konsistenten Vorschlag kamen die entsprechenden Initiativen praktisch zum Stillstand. Weder zum Entwurf für die Reform des Wahlgesetzes noch zur vorgeschlagenen Volksbefragung gibt es eine Entscheidung.

In **URUGUAY** fanden die schon seit längerer Zeit vorhandenen Spannungen in der Linken mit dem Aufruf zu zwei Protestmärschen gegen den Besuch des US-Präsidenten ihren vorläufigen Höhepunkt. Bereits zuvor lehnten Gruppen der "Frente Amplio" das Projekt für Reparationszahlungen für im sogenannten "Kampf gegen den Aufstand" gefallene Polizisten und Militärs ab sowie das Rahmenabkommen über Handel und Investitionen mit den USA. Sie sind außerdem gegen die Unterzeichnung der Absichtserklärung mit dem IWF, das angekündigte Veto des Präsidenten gegen das Abtreibungsgesetz sowie den Abschluss eines Freihandelsabkommens mit den USA. Die Diskrepanzen wirken sich sowohl innerhalb der Regierung aus sowie auf die Beziehungen derselben zum "Frente Amplio" und zu den sozialen und Gewerkschaftsorganisationen. Trotz Fortschritten im wirtschaftlichen Bereich, der allmählichen Erholung des Lohnniveaus und der Verhaftung von mehreren Menschenrechtsverbrechern schafft es die Regierung bisher nicht, die Basis für sich zu begeistern.

1. Zur Situation in der Region

1.1 Die Integrationsprozesse in der Region: ALBA, CAN, MERCOSUR, UNASUR und IIRSA

Die politische Agenda Südamerikas in der zweiten Jahreshälfte 2006 stand ganz im Zeichen der Präsidentschaftswahlen in Brasilien, Venezuela und Ecuador. Dabei wurden Lula Ignacio da Silva und Hugo Chávez wieder gewählt, in Ecuador ging Rafael Correa als Sieger hervor. Auch in Argentinien stehen Wahlen an, sie finden am 28. Oktober 2007 statt. All diese Wahlprozesse bestätigen die südamerikanischen Demokratien und konsolidieren die heute auf dem Subkontinent herrschenden Machtverhältnisse und Bündnisse mit ihren jeweiligen Visionen und regionalen Entwicklungs- und Integrationsmodellen: die Andengemeinschaft CAN, der MERCOSUR, die Bolivarische Alternative für die Amerikas ALBA, die Südamerikanische Staatenunion UNASUR (1) und die Initiative zur Integration der regionalen Infrastruktur in Südamerika IIRSA. Diese Initiativen waren, mit all ihren Fortschritten aber auch Schwächen, entscheidend, um der von den USA vorangetriebenen Amerikanischen Freihandelszone ALCA und den bilateralen Handelsabkommen Einhalt zu gebieten. Diese Integrationsprozesse sind zwar noch im Aufbau begriffen, doch sind in Südamerika schon jetzt zwei fundamentale Trends abzusehen: einer der Prozesse stützt sich auf einen gemeinsamen Markt, der parallel zu den entsprechenden politischen Strukturen entsteht. Dieser weist zwar beträchtliche Asymmetrien zwischen den Partnern auf, strebt aber trotzdem den Aufbau einer eigenen Identität, die sich von den anderen Weltregionen abhebt, an. Dies ist der Prozess, den der MERCOSUR repräsentiert. Der zweite bezieht sich auf stärker ideologisch geprägte Beziehungen zwischen den Ländern und versucht angesichts der fortschreitenden Globalisierung mehr Autonomie zu gewinnen und dem Staat, insbesondere den staatlichen Unternehmen, eine entscheidende Rolle in der Wirtschaft zukommen zu lassen. Dieser Prozess spiegelt sich im ALBA wieder und wird vor allem von Venezuela vorangetrieben.

Die Andengemeinschaft (CAN), bestehend aus Kolumbien, Bolivien, Ecuador und Peru, hat den Austritt Venezuelas zu beklagen, konnte aber Chile für einen Wiedereintritt gewinnen. Der Andenblock hat noch immer mit Schwächen zu kämpfen, denn sowohl Peru wie auch Kolumbien setzen prioritär auf Freihandelsabkommen mit den USA und nicht auf die Stärkung der Beziehungen zwischen den CAN- und den MERCOSUR-Mitgliedern.

Vollmitglieder im MERCOSUR sind Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, Venezuela ist dabei, sich anzuschließen. Der Beitritt Venezuelas wurde durch den Widerstand der Parlamente Brasiliens und Paraguays – die Länderparlamente haben Neumitgliedschaften zu ratifizieren – behindert. Der Grund für das Nein der beiden Länder war die Nichterneuerung der Konzession des TV-Kanals RCTV durch die venezolanische Regierung. Chávez hat dem MERCOSUR daraufhin eine Frist bis September gesetzt.

Wird die Mitgliedschaft Venezuelas bis zu diesem Datum nicht gutgeheißen, ziehe er sein Beitrittsgesuch zurück.

Trotz der Spannungen und Diskrepanzen zwischen den Mitgliedern (Argentinien und Uruguay wegen der Zellulosefabriken; Beschwerden Uruguays und Paraguays wegen der Asymmetrien, etc.) kann der MERCOSUR in Sachen Institutionalität Fortschritte verzeichnen. So wurde z.B. das MERCOSUR-Parlament ins Leben gerufen, ein Instrument mit rein politischem Charakter, das, ist es einmal genügend gestärkt, durchaus zu einem Gremium für die politische und soziale Repräsentation der Bürgerinnen und Bürger in den regionalen Integrationsprozessen werden kann. Weiter wurde das Programm "Somos MERCOSUR" ("Wir sind MERCOSUR") eingeführt. Es eröffnet Dialogmöglichkeiten und Räume für den Austausch zwischen Zivilgesellschaft und Staat.

Parallel dazu hat ALBA, an dem Kuba, Venezuela, Bolivien und Nicaragua teilnehmen, auf dem letzten Präsidentengipfel (April 2007) beschlossen, als Teil der ALBA-Struktur, einen Rat der sozialen Bewegungen, einen Rat der Staatspräsidenten und einen Ministerrat ins Leben zu rufen. Die sozialen Bewegungen aller Länder werden in einem Treffen im Vorfeld des nächsten Präsidentengipfels im Dezember in Bolivien, die Themen, die sie in die Verhandlungsagenda aufnehmen möchten besprechen und konkrete Formen der Partizipation festlegen.

Die Südamerikanische Staatenunion UNASUR ersetzt nach und nach die Gemeinschaft der Südamerikanischen Nationen und hat ihren Sitz in Quito (Ecuador) eingerichtet. Weiter hat UNASUR einen Delegiertenrat eingesetzt, dessen erste Aufgabe die Formulierung eines Konstituierungsentwurfs ist, der auf dem kommenden Präsidentengipfel behandelt werden soll. Eine wichtige Initiative war außerdem der Verhandlungsstart für die Schaffung des Fonds für die regionale Stabilisierung (FER), dessen Ziel es ist, in finanziellen Krisensituationen Unterstützung zu bieten. Auf der Agenda steht auch die Nutzung der regionalen Währungen für Außenhandelsgeschäfte, die Erhöhung des intraregionalen Handels und die Schaffung einer einheitlichen Währung.

1.2 Neue Chancen für die sozialen Organisationen

Besonders hervorzuheben ist für die UNASUR der 3. Präsidentengipfel, der im Dezember 2006 in Cochabamba stattgefunden hat. Er stellt eine Plattform für den sektoriellen Dialog und Austausch dar, die von Regierungen und sozialen Bewegungen geschaffen worden ist. Zusammen mit den Partizipations- und Dialogplattformen, die auch in MERCOSUR und ALBA entstehen, eröffnen sich damit neue Chancen und Herausforderungen, mit denen die sozialen Organisationen Themen und Problematiken im Zusammenhang mit sozioökologischer Nachhaltigkeit (Klimawandel, Landnutzung, Ressourcenmanagement, etc.) und Demokratisierung in der Agenda und in der öffentlichen Diskussion verankern können. Dies ist eine wichtige Grundlage für das Anliegen, Politiken für eine nachhaltige regionale Entwicklung voranzutreiben.

Die sozialen Organisationen sollten diesen Öffnungsprozess für politische Debatten und Kooperation nutzen, die zu einer Umorientierung des Entwicklungsmodells führen. Dazu kommen die Forderungen nach Institutionalisierung der Plattformen für politische

¹ UNASUR: Unión de Estados Sudamericanos

Partizipation der sozialen und politischen Akteure in den Integrationsprojekten, denn Dialog und politischer Austausch dürfen nicht dem individuellen Willen der gerade amtierenden Staatsoberhäupter unterliegen. Schließlich bringt auch die steigende Zahl von multinationalen Projekten neue Herausforderungen, die über die lokale und nationale Ebene hinausgehen.

Beobachtet und kritisch evaluiert werden muss auch, ob die progressiven Regierungen, die auf eine breite Unterstützung der Gesellschaft zählen können, ihre Wahlversprechen nun auch tatsächlich einlösen oder doch auf der Schiene des Modells des wirtschaftlichen Wachstums weiterfahren, was bedeutet, dass natürliche Ressourcen intensiv genutzt und soziale und wirtschaftliche Politiken betrieben würden, die die Ungleichgewichte in der Region nur noch weiter verschärfen.

1.3 IIRSA als Ausweg aus der Energiekrise?

Zu den erwähnten Projekten kommt noch IIRSA, die Initiative zur Integration der regionalen Infrastruktur in Südamerika, die versucht, die Investitionsprojekte in den Bereichen Energie, Transport und Telekommunikation mit Schwerpunkt Straßenbau und Gaspipelines zu konzentrieren. Angesichts der immer wieder auftretenden Energiekrisen und aufgrund der Prognosen für den Energieverbrauch für die Länder der Region hat der Energiesektor große Bedeutung erlangt. Die Regierungen sehen in der energetischen Integration der Region heute die wichtigste Strategie für ein gemeinsames Angehen der Herausforderungen im Bereich der Sicherung der Energieversorgung. Entsprechende Vorschläge stützen sich denn auch auf den Bau von Gaspipelines und Wasserkraftwerken, sowie auf die Produktion von Agrotreibstoffen im großen Umfang. Ein überaus anschauliches Beispiel dafür ist der im Rahmen des ersten Energiegipfels Südamerikas (Isla Margarita, April 2007) von der venezolanischen Regierung vorgeschlagene Südamerikanische Energievertrag. Dieser stärkt zwar die Vorschläge zur Integration aufgrund politischer Abkommen und energetischer Komplementarität, stützt sich jedoch primär auf gemeinsame Förderplanungen für Erdöl und –gas, die entsprechende Verarbeitung und den Transport. Absehbar ist die Zunahme der damit verbundenen negativen Auswirkungen auf das Klima, die Landproblematik und die Ernährungssicherheit der Dorfgemeinschaften.

Bei den sozialen Bewegungen und auf den regionalen Foren ist die Energiethematik erst im Kommen begriffen, was insbesondere auch mit der hohen technischen Komplexität der Themen zu tun hat. Die Differenzen zwischen dem derzeitigen Energiemodell, das sich auf Erdöl und –gas stützt, und den entsprechenden Visionen der Gewerkschaftsbewegungen des Sektors, haben zu Kontroversen geführt, die für die Partnerorganisationen der Heinrich-Böll-Stiftung doppelte Anstrengungen nötig gemacht haben. Einerseits galt es, die Bevölkerung zu sensibilisieren, andererseits und gleichzeitig aber auch Vorschläge für die Nutzung erneuerbarer Energiequellen zu erarbeiten sowie die dazugehörigen Rahmengesetzgebungen und öffentlichen Politiken, um so zu einer Energiematrix zu gelangen, die für alle zugänglich, sicher und nachhaltig ist.

1.4 Nationale Prioritäten vor gemeinsamem politischem Handel in multilateralen Gremien

Was die gemeinsame politische Partizipation der südamerikanischen Länder in multilateralen Gremien betrifft, so sind zwar kleine Fortschritte zu verzeichnen, die nationalen politischen Interessen und Prioritäten – wie z. B. die Beziehungen zu den USA – spielen aber immer noch eine entscheidende Rolle bei dem internationalen Auftreten. Ein klares Beispiel dafür war der Wahlprozess des nicht ständigen Mitglieds für den UNO-Sicherheitsrat für die Zweijahresperiode 2007 und 2008 durch die Gruppe Lateinamerika und Karibik (GRULAC) (2). Nach zweiwöchigen Verhandlungen und nicht weniger als 47 Abstimmungsrunden mussten Guatemala und Venezuela schließlich auf ihre Kandidatur verzichten, weil keines der Länder die nötige Zweidrittelmehrheit erreichte, und eröffneten so Panama den Weg zur Wahl. Panama nahm die Kandidatur an, um die entstandene Pattsituation zu lösen. Die Kandidatur Guatemalas wurde von den USA stark gefördert. Venezuela dagegen konnte während des ganzen Prozesses auf die Unterstützung der Vollmitglieder des MERCOSUR zählen. Chile hat sich seiner Stimme enthalten. Der Grund dafür waren die großen Diskrepanzen unter den Parteien der Regierungsbündnis bezüglich der Unterstützung der Kandidatur Venezuelas.

1.5 Zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Region

Wirtschaftlich profitierten die Länder der Region vom günstigen weltwirtschaftlichen Kontext (hohe Preise für Commodities(3)) sowie der steigenden Nachfrage nach Rohstoffen (insbesondere Chinas) und konnten mit einer Steigerung von 5,3% des regionalen BIP(4) zum dritten Mal hintereinander ein Wirtschaftswachstum erreichen. Wesentlich dazu beigetragen hat der beträchtliche Anstieg der ausgeführten Mengen an Primärprodukten (8,4%). Die 7% Preissteigerung bei den Commodities rundete das positive Ergebnis in der Zahlungsbilanz der Länder ab.

Die schrittweise Verbesserung der wirtschaftlichen Lage hat auch zu einer Erhöhung der formellen Beschäftigung geführt und eine langsame Erholung der Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger zur Folge gehabt, die aber trotz allem immer noch unzureichend ist. Die Wechselkurs- und Währungspolitik einiger Länder der Region führte zu einer Aufwertung der betreffenden Landeswährungen, die im Einzelfall jedoch äußerst negative Konsequenzen für die Kleinunternehmen verschiedener Sektoren nach sich gezogen hat.

Was die ausländischen Direktinvestitionen (5) betrifft, so sind diese in den letzten Jahren konstant geblieben. 2006 wurden 72,44 Milliarden amerikanische Dollar investiert (+ 1,5% im Vergleich

² GRULAC: Grupo Latinoamérica y el Caribe)

³ Als Commodities werden im internationalen Handel Waren im Rohzustand oder nur sehr leicht industrialisierte Güter bezeichnet. Typische Commodities sind Agrarprodukte wie Soja, Früchte, Zellulosepaste, oder Mineralien wie Kupfer.

⁴ BIP 2006 nach Mercosurländern: Argentinien 8,5%; Bolivien 4,5%; Brasilien 2,8%; Chile 4,4%, Paraguay 4%, Uruguay 7,3%; Venezuela 10% (Quelle: Balance preliminar de las economías CEPAL)

⁵ Quelle: Notas de la CEPAL N° 52, mayo 2007

zu 2005). Brasilien und Chile waren mit 18,782 bzw. 8,050 Mrd. US\$ die Länder, die am meisten ausländische Investitionen angezogen haben. Diese konzentrierten sich hauptsächlich auf den Abbau von natürlichen Ressourcen. Parallel dazu kann eine Erhöhung der Auslandsinvestitionen vonseiten der "translateinamerikanischen" Unternehmen beobachtet werden⁽⁶⁾. Ein gutes Beispiel dafür ist Brasilien, dessen eigene direkte Investitionen im Ausland in Höhe von US\$ 28,202 Mrd. die Summe der ausländischen Direktinvestitionen in Brasilien (US\$ 18,782 Mrd.) sogar übertroffen hat.

Die Tatsache, dass zurzeit in verschiedenen südamerikanischen Ländern progressive Regierungen an der Macht sind, hat bei zahlreichen sozialen Sektoren viele Hoffnungen geweckt. Sie erwarten eine aktivere Rolle des Staates und Veränderungen am derzeit gültigen Entwicklungsmodell, das sich auf den Export von Primärprodukten und Commodities (Soja, Forstprodukte, Früchte, etc.) stützt und damit die Agroindustrie für den Export forciert. Die Folge sind Monokulturen und genmanipulierte Produkte, die nicht nur einen Verlust des Naturvermögens und für die Landwirte und Kleinbauern an Eigenständigkeit und Autonomie nach sich ziehen, sondern auch hohe Zahlungen an große transnationale Biotechnologiefirmen für Technologie, Lizenzen, etc.

1.6 Aufhebung der Straflosigkeit, politische Reformen, Korruption und Gewalt

Für die Menschenrechtsthematik hat die Wahl von progressiven Regierungen eine Öffnung bewirkt. Dank der Aufhebung der Amnestiegesetze, die Polizei- und Militärangehörige, die sich während der Diktaturen der 70er Jahre Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben, bisher vor einer Anklage geschützt haben, ist es nun möglich, die Verbrechen zu verfolgen und damit die Straflosigkeit der Täter zu beenden.

Auf politischer Ebene ist nicht zu übersehen, dass die Pläne zur Durchführung verschiedener Reformen in den Ländern des Cono Sur verschoben wurden, sei es wegen fehlender Initiativen der Regierungen oder ganz einfach, weil die entsprechenden Verhandlungen in den nationalen Parlamenten nicht vorangebracht wurden. Sowohl in Bolivien wie auch in Ecuador sind verfassungsgebende Versammlungen einberufen worden mit dem Ziel, mehr Institutionalität zu schaffen und die politische und soziale Rolle des Staates neu festzulegen.

Das Thema Korruption ist in allen Cono Sur Staaten ein großes Problem, welches zu einem immer größer werdenden Vertrauensverlust in die Politik, insbesondere aber in die politischen Parteien und Parlamente führt. Als Beispiel sei hier der Fall Chile Depor⁽⁷⁾ erwähnt, bei dem es um die Veruntreuung von Staatsgeldern während des letzten Wahlkampfes geht und deutlich wurde, dass die entsprechenden Praktiken schon aus früheren Wahlprozessen stammen (Kandidatur Ricardo Lagos), - ausgerechnet in Chile, das bis dahin einen guten internationalen Ruf besaß.

Ähnlich wie Korruption ist auch Gewalt eine Realität, die nicht mehr ignoriert werden kann in der Region. Zwei Jahrzehnte nach Ende der Militärdiktaturen im Cono Sur, kommt es bei sozialen Protesten, immer wieder zum Aufflackern von polizeilicher Repression, wie sie z.B. bei den Studentenprotesten in Chile und beim Kampf der Bevölkerung um bessere Löhne in Argentinien zu beobachten war. In Argentinien grassiert zudem eine neue Art von Gewalt: die Entführung und/oder das Verschwindenlassen von Personen, die während der Diktatur der 70er Jahren in Prozessen gegen folternde Uniformierte als Zeugen ausgesagt hatten.

Vermehrt kommt es zu Gewalt gegen Frauen, und zwar in allen Ländern des Cono Sur und dies trotz geltender Gesetze, die Gewalt gegen Frauen eigentlich unter Strafe stellen. Dasselbe gilt für das Phänomen der Jugendgewalt, oft in Verbindung mit Drogenkonsum, das in einigen Ländern zu vermehrten Interventionen und verstärkter Kontrolle des gesellschaftlichen, politischen und zivilen Lebens durch das Militär sowie zum sogenannten "Krieg gegen die Drogen" geführt hat.

2. Argentinien

2.1 Argentinien vor den Wahlen und die wirtschaftliche Situation

Trotz der negativen Wahlergebnisse in der nördlichen Provinz Misiones, der Hauptstadt Buenos Aires und Feuerland kann Präsident Nestor Kirchner insgesamt auf die Unterstützung von fast 60% der Bevölkerung zählen. Dessen ungeachtet, hat er auf eine Kandidatur für eine weitere Amtsperiode (2007 – 2011) verzichtet. An seiner Stelle tritt zu den Wahlen am 28.10.07 für die Partei "Frente para la Victoria" die Senatorin Cristina Fernández de Kirchner an. Die Frente para la Victoria ist eine Koalition der Regierungsparteien, der „justicialistas“ (Kämpfer für soziale Gerechtigkeit; sog. Peronisten), "radicales" (der Radikalen Partei des ehemaligen Präsidenten Raul Alfonsín) und Vertreter von Organisationen der Zivilgesellschaft angehören und die gute Chancen hat, als Siegerin aus der Wahl hervorzugehen. Die Opposition ist gespalten und steigt mit nicht weniger als vier Kandidatinnen und Kandidaten ins Rennen ein: Elisa Carrió (Coalición Cívica), Roberto Lavagna (UNA), Ricardo López Murphy (Recrear para el Crecimiento) und Carlos Menem. Momentan schafft sie laut Umfragen insgesamt nicht einmal 30% der Wählerstimmen auf sich zu vereinigen.

Wirtschaftlich hat Argentinien 2006 sein Wachstum halten können und eine Steigerung des BIP um 8,5% erreicht. Wesentlich hierzu beigetragen hat das internationale Preisniveau bei den Commodities (Soja) sowie das gesteigerte Exportvolumen, das allerdings hohe Umwelt- und soziale Kosten für das Land mit bringt. 2006-2007 wurde in Argentinien die Rekordmenge von 47,5 Millionen Tonnen Soja geerntet, 2005-2006 waren es noch 40,7 Millionen Tonnen. Zurzeit wird auf mehr als 16 Millionen Hektar Soja angebaut, und offizielle Schätzungen gehen davon aus, dass dem Land dadurch täglich 821 Hektar Wald verloren gehen⁽⁸⁾. Soziale Orga-

⁶ Transnationale Unternehmen aus der Region

⁷ Staatliche Organisation für die Sportförderung in Chile.

⁸ Quelle: Dirección de Bosques de la Secretaría de Ambiente y Desarrollo Sustentable (SAyDS) de Argentina.

nisationen und Bewegungen versuchen durch eine Kampagne Druck auf das Parlament auszuüben, damit dieses das Gesetz „Minimalbudgets für Umwelt- und Waldschutz“⁽⁹⁾ verabschiedet. Das Gesetz sieht u.a. ein Moratorium für Abholzungen vor, bis die Provinzen einheimische Wälder in ihre Raumplanung mit einbeziehen und diese auch nachhaltig nutzen.

Die positive Entwicklung der Wirtschaft hat zwar die Beschäftigungs- und Einkommenssituation der arbeitenden Bevölkerung etwas entschärft, doch diese Verbesserung hält mit den teilweise stark steigenden Preisen nicht Schritt, was zu einer Verstärkung der sozialen Proteste für höhere Löhne geführt hat. Die vom nationalen statistischen Amt Indec⁽¹⁰⁾ veränderte Messmethode zur Festlegung der Armutsgrenze wurde sowohl von Wirtschaftsfachleuten wie auch von Medien und der Gewerkschaft CTA⁽¹¹⁾ stark kritisiert. Ein Beispiel ist der Wert des Grundwarenkorb (ein Indikator, der die Armutsgrenze festlegt), der zurzeit bei 923 Pesos liegt. Ohne die vom Indec eingeführten Veränderungen würde dieser 1.023 Pesos betragen. Der Rat für das staatliche Mindestgehalt, bestehend aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern sowie Regierungsbeamten hat eine stufenweise Erhöhung gefordert, nach der bis Ende des Jahres ein Mindestgehalt von 980 erreicht werden soll. Die CTA bezeichnet diesen Betrag jedoch als ungenügend für die Befriedigung der Grundbedürfnisse.

2.2 Agrotreibstoffe versus Ernährung für die Bevölkerung

In der Energieversorgung hat sich die Krise der letzten vier Jahre auch 2007 weiter verschärft. Der Grund dafür liegt einerseits darin, dass keine energiepolitischen Alternativen ergriffen worden sind, aber auch am harten Winter, der zu einer Unterbrechung der Gaslieferungen nach Chile und zur Abgabe von Erdgas an den einheimischen Transport- und Industriesektor wie auch zu Entlassungen und der Ankündigung höherer Gastarife für Haushalte geführt hat. Die Förderung von Agrotreibstoffen wurde im Gesetz Nr. 26.093 geregelt. Dieses sieht eine Reihe von Steuererleichterungen und Anreize für die Produktion von Agrotreibstoffen vor. Angestrebt wird, dass ab 2010 der Anteil an Agrotreibstoffen mindestens 5% des gesamten Treibstoffumsatzes ausmachen soll. Die Initiative ist jedoch auf vehemente Kritik gestoßen, sowohl von sozialen und Umwelt-Organisationen, wie auch von staatlichen Institutionen wie z.B. dem Institut für Industrietechnik des Wirtschaftsministeriums (INTI, Publikation “Energía + medio ambiente + alimentos”). In Frage gestellt wird das Konzept, nach dem Flächen, auf denen Nahrungsmittel angebaut werden könnten, für die Aufzucht von Pflanzungen mit energetischem Zweck verwendet werden, umso mehr wenn die Pflanzungen nicht für den eigenen Gebrauch sondern für den Export vorgesehen sind. Gemäß dem INTI und den sozialen Organisationen, wird diese Situation zu einer nicht absehbaren Erhöhung der Ernährungskosten der Bevölkerung führen.

2.3 Die Lage der Menschenrechte

Was die Menschenrechtslage betrifft, so müssen die Ermittlungen, die als Folge der Annullierung der Amnestiegesetze¹² in Gang gekommen sind, weiter vorangetrieben werden. Ein bekannter Fall ist in diesem Zusammenhang der verschwundene Hauptzeuge im Prozess gegen einen ehemaligen Polizeidirektor der letzten Militärdiktatur in Argentinien. Die Regierung hat die Schaffung eines Programms “Wahrheit und Gerechtigkeit“ angekündigt, das für die Koordinierung aller Institutionen der Exekutive, die in die Ermittlungen in Sachen Menschenrechtsverletzungen und Zeugenschutz eingebunden sind, zuständig sein soll. Die Initiative wird begrüßt und von Menschenrechtsorganisationen unterstützt, insbesondere von den Müttern der Plaza de Mayo, die mittlerweile seit 30 Jahren für Wahrheit und Gerechtigkeit kämpfen.

Wie die anderen Länder des Cono Sur, hat auch Argentinien mit Korruptionsproblemen zu kämpfen. Beispiele hierfür sind: der Schmiergeldskandal um die schwedische Firma Skanska im Zusammenhang mit der Erweiterung von zwei Gaspipelines und anderen Arbeiten, in den mehrere Mitglieder des Kabinetts verwickelt sind; Anzeigen gegen die Wirtschaftsministerin (in ihrem Büro wurden US\$ 60.000,00 gefunden) und gegen die Umweltministerin (wegen überteuerter Beraterverträge und administrativer Fehler); Verlängerung der Konzession um 30 Jahre für den Multi Pan American Energy zehn Jahre vor Ablauf der laufenden Konzession (bis 2017) in Santa Cruz – der Heimatprovinz des Präsidenten.

2.4 Zunehmende Kooperation mit Venezuela

Außenpolitisch hat sich Argentinien auf die Stärkung des MERCOSUR konzentriert, auf die energetische Integration sowie auf die Lösung des Konflikts mit Uruguay über die Zellulosefabriken am Río Uruguay, der die beiden Länder dazu veranlasst hat, Spanien um Vermittlung zu bitten. Besonders hervorzuheben sind die bilateralen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Venezuela. Diese spiegeln sich u.a. in folgenden Initiativen wider: venezolanischer Mittelbeitrag zur Genossenschaft Sancor im Tausch gegen Milchpulverlieferungen und Technologietransfer im Bereich Lebensmitteltechnologie; Tausch von Flugzeugtreibstoff gegen Rinder; Beteiligung der venezolanischen PDVSA an der Gaspipeline Nordeste; eine Absichtserklärung, die besagt, dass argentinische Firmen auf 100.000 Hektar Land im Besitz von PDVSA Soja, Sonnenblumen und Baumwolle anpflanzen können; Einrichtung eines Genetikzentrum und einer Samenbank für die Rasse Brangus in Venezuela; Herstellung von Autobusteilen und Umbau von argentinischen Autobussen auf Gasbetrieb in Venezuela; Beteiligung des argentinischen Staatsbetriebs ENARSA an der Erdölförderung im Orinocobecken, etc.

⁹ Ley de Presupuestos Mínimos para la Protección Ambiental de los Bosques Nativos

¹⁰ Instituto Nacional de Estadísticas y Censos abhängig vom Wirtschaftsministerium

¹¹ Central de Trabajadores de Argentina

¹² Gesetz Ley Punto Final und Gesetz Ley de Obediencia Debida

3. Chile

3.1 Das erste Amtsjahr von Michelle Bachelet

Unter Berücksichtigung der stark verwurzelten konservativen Kultur in Chile, die bis vor wenigen Jahren die Verabschiedung einer Scheidungsgesetzgebung unmöglich machte, kann gesagt werden, dass Michelle Bachelet in ihrem ersten Amtsjahr ihr Image als Erneuerin in der Koalition konsolidieren konnte. Ein Beispiel dafür war ihr dezidiertes Einsatz für die Geschlechtergleichheit, der sich auch in einem entsprechenden Gleichgewicht zwischen Männern und Frauen in ihrem Kabinett widerspiegelt. Weiter hervorzuheben ist die Politik des sozialen Dialogs und der Öffnung für neue Themen. So hat Bachelet die verschiedenen Sektoren der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft zu den Präsidentenkommissionen eingeladen, um die Reformen für den Bildungsbereich, für das Sozialwesen und für eine Politik für technologische Innovation zu untersuchen. Dieses Vorgehen ist zwar an sich schon eine positive Veränderung, doch sind den beteiligten Instanzen Grenzen gesetzt, insbesondere aufgrund der nicht genügend abgestimmten Kompetenzen: Es bleibt unklar wer für was zuständig ist, warum bestimmte soziale Akteure eingeladen wurden und was mit den Ergebnissen geschieht.

Auf wirtschaftlicher Ebene ist die Ankündigung Bachelets, ab 2008 den Steuerüberschuss von 1% auf 0,5% des BIP zu reduzieren, positiv zu bewerten. Diese Maßnahme sichert die Finanzierung neuer sozialer Programme und ist von ParlamentarierInnen der Concertación durchgesetzt worden, die die dringende Einführung einer Politik der Umverteilung gefordert hatten. Was soziale Themen betrifft, so stehen verschiedene Reformen im Sozialwesen an: u.a. das Rentensystem und der Kinder- und Jugendschutz.

Die Einführung des neuen Systems für den öffentlichen Verkehr, bekannt unter dem Namen "Transantiago" wird von der gesamten Bevölkerung als das größte Fiasko der öffentlichen Politik in den 17 Jahren Regierung der „Concertación por la Democracia“ eingestuft. Das noch unter der Vorgängerregierung technokratisch, ohne Beteiligung der Gemeinden und BürgerInnen am Reißbrett geplante und entsprechend umgesetzte Großprojekt produzierte nach der –immer wieder verschobenen- Inbetriebnahme wochenlang teilweise chaotische Zustände: Zu wenig Busse, Umleitung oder Wegfall von Verbindungen, fehlende oder am Bedarf vorbei geplante Haltestellen führten zu stundenlangen Wartezeiten und vollkommen überfüllten Bussen und Bahnen. In der Folge kam es zu heftigen, teilweise gewalttätigen Protesten. Schlagartig wurde deutlich, dass Bürgerbeteiligung –zumal in derart sensiblen Bereichen wie dem öffentlichen Nahverkehr- kein politischer Luxus, sondern unverzichtbares Instrument politischer Planungsprozesse ist.

Zum Problem Transantiago kamen weitere Aspekte, die die Regierung Bachelet auf der Negativseite verbuchen muss und auch zu einem Rückgang ihrer Popularität geführt haben. Michelle Bachelet setzte auf eine Regierung mit bürgerschaftlichen Elementen und entfernte sich damit von den Parteien ihrer eigenen Koalition. Dies führte zu Misstrauen innerhalb der Koalition, das sich negativ auf die legislative Arbeit ihrer Regierung ausgewirkt hat. Viele Gesetzesvorlagen bleiben im Kongress hängen und lassen erkennen, dass es der Regierung an Autorität über ihre Parlamentarier fehlt.

Die Wechsel im Ministerkabinett nach einem Amtsjahr haben außerdem das Geschlechtergleichgewicht beendet und zeigen, dass alle Initiativen in Frage gestellt werden und parteipolitischen Quoten unterliegen.

Außenpolitisch hat sich die Regierung Bachelet vor allem auf die Freihandelsabkommen mit Panama, China, Kolumbien und der P4 (Neuseeland, Brunei, Singapur und Chile) konzentriert. Einen wichtigen Raum auf der Agenda der Regierung nahmen aber auch die Beziehungen zu Bolivien ein; kleine Fortschritte wurden in der Zusammenarbeit erzielt.

Die Regierung hat nach einem Jahr im Amt das Umweltministerium gegründet, das sich auch gleich am Fluss Mataquitos einer weiteren Umweltkatastrophe – der dritten in weniger als 18 Monaten – gegenüber sah, erneut verursacht durch das Zellulosewerk Celco. Damit wurden ein weiteres Mal die großen Defizite der Kontrollmechanismen offensichtlich: sie gewährleisteten einerseits nicht, dass die Unternehmen die ökologischen Folgeschäden ihrer Vorhaben reduzieren, andererseits wenden die Behörden die vorhandenen Umweltgesetze nicht an. Umweltorganisationen sind zudem besorgt darüber, dass verschiedene Vertreter der Regierungskoalition sich offen für Atomenergie als Lösung für die Energiekrise in Chile aussprechen.

3.2 Zur politischen Situation und anstehende politische Reformen

Die Strategie der Regierung, die Entwicklung einer "Bürgerdemokratie" zu fördern, die die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger erweitern soll, hat große Erwartungen an eine grundlegende politische Erneuerung geweckt, doch das Fehlen eines konsistenten Vorschlags hat den Partizipationsdiskurs und die entsprechenden Initiativen schließlich praktisch zum Stillstand gebracht. Hinzu kommt auf der politischen Ebene, dass verschiedene politische und soziale Sektoren weiterhin an der Vision festhalten, nach der die politischen Parteien der einzige Weg für die Vertretung von Interessen und Positionen sind.

Bachelet hat zwar dem Parlament einen Entwurf für die Reform des Wahlgesetzes vorgelegt, mit dem die vor allem die Opposition bevorzugenden Verzerrungen der Wahlkreis-Aufteilungen der Pinochet-Verfassung beendet werden sollen, doch konnte noch kein Beschluss gefasst werden, und bis heute liegt – verständlicherweise- keine definitive Stellungnahme der Opposition dazu vor. Die Gewerkschaft "Central Unitaria de Trabajadores" sowie die außerparlamentarische Linke haben vorgeschlagen, eine Volksbefragung dazu durchzuführen, doch diese Alternative wurde noch nicht mit Teilen der Regierung diskutiert.

Der Skandal um Unregelmäßigkeiten im Umgang mit Mitteln der staatlichen Behörde für Sportpolitik „Chiledeportes“ sowie die Rechenschaftsberichte über die Wahlkampfausgaben bei den letzten Präsidentschaftswahlen, haben die politische Korruption erneut zum Thema gemacht und Michelle Bachelet dazu veranlasst, beim Parlament einen Reformvorschlag zur Erhöhung der Transparenz und Qualität der Politik einzureichen. Die Opposition spielte auf der politischen Bühne keine Rolle. In wichtigen politischen Themenkomplexen – Korruption, Bildung und Erziehung, etc. – blieb

die rechtsgerichtete Opposition außerhalb der Debatte, weil die Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen Expertenkommissionen übertragen wurde. Die außerparlamentarische Linke hat es bisher nicht geschafft, mit ihrem Diskurs die Öffentlichkeit tatsächlich zu erreichen. Wenn kritisiert wird, dann kommt die Kritik in den meisten Fällen von elf Parlamentariern aus den Parteien der Concertación, die vor kurzem zur Einheit mit der extraparlamentarischen Linken aufgerufen haben, um mit einer gemeinsamen Liste mit der PC (Kommunistische Partei) und anderen demokratischen Kräften an den kommenden Gemeinde- und Parlamentswahlen teilzunehmen. Ein weiterer Vorschlag bezieht sich auf die Änderung des binominalen Wahlsystems.

Was die Menschenrechtslage betrifft, so zeigen verschiedene Schritte, wie wichtig das Thema Menschenrechte der Regierung ist. So hat Bachelet z. B. beschlossen, General Pinochet kein Staatsbegräbnis zu gewähren. Weiter hat sie die Aufhebung der Amnestiegesetze und der Verjährung für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die noch aus Zeiten der Diktatur stammen, angekündigt und die Gründung eines Menschenrechtsinstituts in Aussicht gestellt. Diese Initiativen wurden nicht nur von Menschenrechtsorganisationen, sondern auch von der Öffentlichkeit positiv aufgenommen, denn sie tragen dazu bei, endlich die Straflosigkeit im Land abzuschaffen.

4. Uruguay

Zunehmende Spannungen im „Frente Amplio“

Schon seit längerer Zeit machen sich in der uruguayischen Linken Spannungen bemerkbar, die mit dem Aufruf zu zwei Protestmärschen gegen den Besuch des US-Präsidenten in Uruguay ihren vorläufigen Höhepunkt fanden. Die Organisatoren der Veranstaltungen erklärten öffentlich ihre Diskrepanz mit der „eigenen“-Regierung Tabaré Vázquez. Zuvor hatten die Gruppen des Regierungsbündnisses „Frente Amplio“ einstimmig die Entschädigungszahlungen für im sogenannten „Kampf gegen den Aufstand“ („lucha contra la sedición“) gefallene Polizisten und Militärs verurteilt und sich gegen Kürzungen beim „Plan de Equidad“ (Gleichheitsplan, der PANES ersetzt) gewandt. Weiter wehren sie sich gegen die Unterzeichnung eines Investitionsschutzabkommens mit den USA, der Absichtserklärung mit dem IWF, die uneingeschränkten und vorgezogenen Zahlungen an denselben und das angekündigte Veto des Präsidenten gegen das Abtreibungsgesetz. All diese Diskrepanzen wirken sich sowohl innerhalb der Regierung selbst aus sowie auf die Beziehungen derselben zum „Frente Amplio“ und zu den sozialen Organisationen und Gewerkschaften. Sie haben jedoch auch dazu beigetragen, das Wirtschaftsteam der Regierung etwas zu bremsen, das eine orthodoxe makroökonomische Linie fährt.

Die Regierung kann zwar Verbesserungen bei den makroökonomischen Indikatoren vorweisen, auch sind Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt zu verzeichnen, und das Lohnniveau erholt sich langsam. Die Ausgaben im sozialen Bereich wurden angehoben, mehrere berüchtigte Menschenrechtsverletzer wurden inhaftiert. Trotzdem schafft es die Regierung bisher nicht, die Basis für sich

zu begeistern. Das Unbehagen in verschiedenen Sektoren des „Frente Amplio“ steigt. Die Misstöne sind größtenteils auf die Absichten der vom sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Danilo Astori angeführten Regierungskreise zurückzuführen, ein Freihandelsabkommen mit den USA abzuschließen. Das Vorhaben wird trotz der Widerstände der Mehrheit, u.a. von Führungspersonlichkeiten des „Frente Amplio“ aus der sozialistischen Partei und des „Movimiento de Participación Popular“ sowie sozialen und gewerkschaftlichen Organisationen weiterverfolgt. Die Regierung Vázquez unterzeichnete am 01.02.2007 ein Rahmenabkommen über Handel und Investitionen mit den USA (bekannt als TIFA: Trade and Investment Framework Agreement). Zahlreiche soziale und politische Organisationen kritisieren das Abkommen, denn in der Anlage werden bereits Themen eines Freihandelsabkommens (geistiges Eigentum, Staatskäufe, Kommunikation, Handel mit Dienstleistungen) behandelt.

Trotz der internen Opposition und der Unvereinbarkeit eines bilateralen Freihandelsabkommens mit dem MERCOSUR, strebt die uruguayische Regierung zurzeit ein Freihandelsabkommen mit Chile an. Diese Strategie würde dem Land eine weitere Handelszone eröffnen und dazu dienen, die Restriktionen des MERCOSUR zu umschiffen, ohne dabei den Status als Vollmitglied in Gefahr zu bringen. Die entsprechenden Verhandlungen wurden nun jedoch von Chile vertagt, um Spannungen mit den anderen regionalen Partnern zu vermeiden.

Ein weiterer wichtiger Punkt war das Regierungsdekret von Januar 2007, das ein Moratorium von 18 Monaten für die Zulassung von neuen genmanipulierten Gemüsearten vorsieht, um in der Zwischenzeit einen regulierenden Rahmen zu schaffen. Diese Maßnahme wurde von den Unternehmen und Firmen, die im Saatgut- oder Agrohandel tätig sind, heftig kritisiert. Sie soll zur Gestaltung eines neuen Mechanismus führen, der eine bessere Analyse von Umwelt- und Handelsauswirkungen von genmanipulierten Sorten ermöglicht. Dies soll alles mit der Partizipation der landwirtschaftlichen Produzenten und der Bevölkerung geschehen.

5. Ausblick

Die von den Regierungen im Rahmen des Gipfeltreffens der süd-amerikanischen Staatengemeinschaft (6. Dezember 2006) beschlossene Öffnung zur Zivilgesellschaft wird einen politischen Dialog zwischen Regierungen und sozialen Organisationen ermöglichen. Es steht zu erwarten, dass der Iberoamerikagipfel (November 2007, Chile) und der UNASUR-Gipfel (Januar 2008, Kolumbien) diesem Dialog mit den Regierungen Kontinuität und Tiefe verleihen wird. Dieser Dialog wirkt sich positiv auf den Erfahrungsaustausch, die Koordination von Aktionen und Kampagnen der Zivilgesellschaft aus und bietet darüber hinaus eine Möglichkeit, die Vorschläge zur regionalen Integration in der Öffentlichkeit zu debattieren.

Angesichts der politischen Situation in der Region und insbesondere in den Partnerländern der Heinrich-Böll-Stiftung wird die Stiftung zusammen mit ihren Partnern einen dezidierten Beitrag zur Förderung einer Politik für ein **nachhaltiges Ressourcenmanagement** und für die **Stärkung der Demokratie** leisten. Dazu zählen Themen wie Energie-Klima, Ernährungssouveränität, Biopolitik, regionale Integration, Entwicklungsmodell, Menschenrechte und Demokratie.

Was den Themenkomplex Energie-Klima betrifft, so wird sich die Heinrich-Böll-Stiftung auf die Förderung von **erneuerbaren Energien** konzentrieren und die **Klimapolitik** weiter vorantreiben. Dies ist dringend erforderlich, denn die Alternativen der Regierungen angesichts der Energiekrise setzen auf den Bau von weiteren Gaspipelines und Wasserkraftwerken, auf die Produktion von Agrotreibstoffen in großem Maßstab und Atomenergie – alles Maßnahmen, die weder auf sozialer noch auf Umweltebene nachhaltig sind. Deshalb wird sich die Arbeit auf die Förderung einer qualifizierten Debatte über die Quellen und die Nutzung erneuerbarer Energien konzentrieren und zielt darauf ab, Einfluss auf die Debatten in den nationalen Parlamenten und der Bergbau- und Energiekommission des Parlatino (parlamento latino) zu nehmen. Das nächste Treffen der Bergbau- und Energiekommission des Parlatino wird im August 2007 in Mexiko City stattfinden. Atomenergie wird dann das Thema sein. Ebenso soll die "Alianza Social Continental" (Kontinentale Sozialallianz) bei der Integration des Energiethemas in die Agenda unterstützt werden, insbesondere mit Inputs für die Debatte über Agrotreibstoffe und ähnliches.

Dem Klimawandel soll in Zukunft große Bedeutung in der Alltagsarbeit und in der Kooperation mit anderen Organisationen beigegeben werden. Die Prioritäten werden auf der parlamentarischen Arbeit liegen, da nationale Klimapolitiken dringend erforderlich sind. Weitere Schwerpunkte sind: die Sensibilisierung für die Problematik und deren Beziehung zur Nutzung der natürlichen Ressourcen sowie die Unterstützung der Organisationen der Opfer des Klimawandels. Eine besondere Herausforderung ist die Aufnahme des Themas in die feministische Agenda.

Der Klimawandel steht in enger Verbindung zu weiteren Arbeitsthemen der Heinrich-Böll-Stiftung: **Biopolitik, Ernährungssouveränität und biologische Vielfalt**. Eines der Ziele der regionalen Arbeit ist die aktive und qualifizierte Partizipation der Partnerorganisationen in der regionalen Debatte zur Vorbereitung der COP 9 zum Biodiversitätsabkommen, die im Mai 2008 in Deutschland stattfinden wird.

Die jüngsten Arbeiten zum Thema **regionale Integration und Entwicklungsmodelle** in Form von Dokumenten, Publikationen, Weiterbildungen und Dialogforen haben zur Anerkennung bei den sozialen Organisationen geführt. Die Untersuchungen der Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf Territorien, Dorfgemeinschaften und natürliche Ressourcen aus der Perspektive der Umweltgerechtigkeit haben die Umwelt-, Menschenrechts- und Frauenorganisationen zusammengeführt und erlauben nun die Artikulierung der verschiedenen Interessen.

In 2008 wird die Stiftung, in Santiago de Chile ein Büro eröffnen. Die Debatten und politischen Prozesse in der Region sollen verfolgt, kritisch analysiert und die deutsche Öffentlichkeit über die verschiedenen Meilensteine und die nationalen und regionalen Diskussionen informiert werden. Die Arbeit der Partnerorganisationen kann nunmehr viel näher als bisher begleitet und damit die Beziehungen zu sozialen und politischen Akteuren vertieft werden, um so zur Stärkung der Zusammenarbeit und des Nord-Süddialogs beizutragen.

Juli 2007

María Jaque Olmedo